

Mitteldorf erpreßt die Stadt!

In Mörfelden pfeifen es mittlerweile die Spatzen von den Dächern: Der Kies-Millionär Mitteldorf erpreßt die Stadt. Schon 1972 drohte Mitteldorf der Stadt mit Schadensersatzforderungen, die in die Millionen gingen. Der Grund: Aus Finanznot hatte die frühere Gemeinde Mörfelden der Firma Mitteldorf weitere Kiesausbeute für eine neue Großgrube östlich der Autobahn versprochen. Aufgrund massiver Proteste der Bevölkerung gegen die Waldverluste hatte der Regierungspräsident dieses Vorhaben abgelehnt. Nun wurde hin und her prozessiert.

Zu einer Entscheidung soll es jetzt gekommen sein. Wie wir erfuhren, habe man Mitteldorf ein riesiges neues Gelände zugewiesen. Das „größte Loch des Kreises“ soll in dem jetzt noch als Industriegebiet vorgesehenen Gelände, westlich der geplanten neuen B-44-Trasse entstehen.

Wenn dies Wirklichkeit werden sollte, dann stehen wir vor einem Skandal ersten

Ranges, denn es ist nicht zu verantworten, daß in unserer bedrohten Landschaft weitere Großgruben angelegt werden.

Wer sich später auf der neuen B 44 Mörfelden nähern würde, dem fiel zunächst zerstörte, zernarbte Landschaft ins Auge. Bei diesem Generationen-Projekt sind zu viele Fragen ungeklärt. Keiner weiß, wie lange solche Löcher offen bleiben, angesichts des Mangels an geeignetem Füllmaterial (U-Bahn-Aushub u.ä.). Keiner weiß, wie stark das Grundwasser absinken würde, ob Grundwasserverunreinigungen eintreten könnten. Niemand kann sagen, ob die Grundwasserströme bei der Verfüllung später nicht abgelenkt würden und ob das Auswirkungen auf unsere Brunnen haben kann. Das Gelände wäre für eine Generation verloren — auf dem aufgefüllten Gelände kann man nicht bauen, hier wächst kaum ein Baum. Man muß also alles tun, um die Mitteldorf-Pläne zu verhindern.

Mitteldorf hat sich schon vor langer Zeit fast das gesamte Gelände zwischen jetziger B 44 und Oberwald, von Mörfelden bis Walldorf, für einen „Apfel und ein Ei“ unter den Nagel gerissen. Diese Tatsache ist uns Anlaß, an den Artikel 14 des Grundgesetzes zu erinnern, der die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, d.h. seinen Gebrauch im Interesse der Allgemeinheit, fordert. Wir meinen, daß es Zeit ist, den Kies-Millionären, den Mitteldorfs und Sehrrings, Paroli zu bieten. Sie sind nur am Profit interessiert, die Erhaltung unserer Wälder, unserer Landschaft, kümmert sie einen Dreck. Schließlich haben sie persönlich soviel „Kies“ gemacht, um sich jeder Zeit in gesunden, walddreichen Gegenden niederlassen zu können. Wir aber wohnen hier und müssen deshalb um den Erhalt unserer Heimat kämpfen.

Ernst Knöß, Vorsitzender der DKP-Mörfelden-Walldorf

CDU-Wahlrummel

Viele Bürger von Mörfelden und Walldorf haben uns auf die „Bürger-Umfrage“ der CDU angesprochen. Es wurde vielfach angenommen, dies sei eine „offizielle“ Bürgerumfrage. Tatsächlich ist es so, daß von der CDU bewußt eine solche irreführende Aufmachung gewählt wurde. Der Umschlag, der Briefbogen, die Stimmkarten sind mit den Stadtwappen versehen, nur dem kleingedruckten Text konnte man entnehmen, daß die Aktion Bürgerumfrage von der CDU stammt. Offensichtlich hat man die Täuschung der Bürger bewußt einkalkuliert.

Die DKP weist darauf hin, daß es die CDU ist, die diese beliebig manipulierbare Bürgerumfrage gestartet hat. Dieselbe CDU, die 1974, 1975 und 1977 für die Fusion und gegen die DKP-Anträge für einen „offizielle“ Bürgerbefragung gestimmt hat. Wir weisen darauf hin, daß die CDU diese „Aktion“ nur aus einem Grund durchführt, nämlich um bei der Landtagswahl Stimmen einzuheimsen, damit die Partei der Filbinger und Dregger in Hessen die Regierungsgewalt übernehmen kann.

Wir erinnern daran: Die Gebietsreform wurde von SPD, FDP und CDU in allen Bundesländern gleich rigoros und undemokratisch gegen den Willen der Bevölkerung durchgeführt. In Mörfelden-Walldorf ist die CDU genau wie die SPD und FDP daran schuld, daß die beiden Städte fusioniert wurden. Die jetzt laufende CDU-Aktion ist ein Musterbeispiel politischer Demagogie. Wir empfehlen der Bevölkerung, diesen CDU-Wahlzauber nicht zu unterstützen. Es gab und gibt in Mörfelden und Walldorf nur eine Partei, die von Anfang an entschieden gegen die Fusion auftrat: die DKP.



DKP-Vorschläge angenommen

Die DKP-Fraktion hat wieder drei Anträge mit Erfolg in den Beratungen der Ausschüsse und der Stadtverordnetenversammlung durchgebracht (die Anträge waren im Juni „blickpunkt“ abgedruckt).

Sie betreffen das jetzt im städtischen Besitz befindliche Forstdienstgebäude in der Weingartenstraße. Der Magistrat ist beauftragt worden, dem Stadtparlament bis zum 15. September Vorschläge zu unterbreiten, wie die Liegenschaft genutzt werden soll. Der zweite Antrag fordert einen Trimpfad in Walldorf. Der dritte Antrag beinhaltet den Ausbau des kurzen Wegstückes von der Mörfelder Sporthalle bis zur Mozartstraße. Dieser Weg wird sicher als Verbindungsweg zwischen Festplatz und Neubaugebiet, auch nach dem Ausbau des Areals hinter der Sporthalle in einen Park für Spiel, Sport und Erholung, bestehen bleiben. dö

Äußerungen führender CDU-Vertreter zur Fusion:

„Die Zeichen der Zeit sprechen überwältigend und eindeutig für die Fusion.“
(CDU-Aussage in der Presse im Jahre 1975)

„Laßt die Meute kläffen, die Karawane zieht weiter.“
(CDU-Fraktionschef Hugo Jung 1974 über Fusionsgegner)

„Wir leben schließlich in einer repräsentativen Demokratie.“
(Leonhard Peez, ehemaliger CDU-Fraktionschef in Mörfelden zur Ablehnung eines Antrags auf Bürgerbefragung zur Fusion 1975)

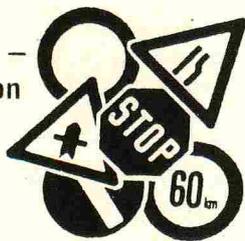
„Wir stellen uns nicht vor, daß wir den Zustand wiederherstellen könnten oder wollten oder sollten, der vor der Gebietsreform bestand.“
(Der hessische CDU-Vorsitzende Dregger am 15. April 1978 zur Haltung der CDU zur Gebietsreform)

„Die Kosten sind größer geworden, die Wege sind weiter geworden, der Wirrwarr der Kompetenzen ist größer geworden. Obwohl das so ist, meine Freunde, würden wir der Sache keinen guten Dienst erweisen, wenn wir jetzt alles rückdrehen und umdrehen würden.“
(Dregger am 15. April 1978 zur Zurücknahme der Gebietsreform im Falle eines CDU-Wahlsieges).



Das Mörfelder Waldstadion wurde 25 Jahre alt. Beim SKV-Geburtstagsfest gab es Tage ausgelassener Stimmung. Es ist schwer, die Höhepunkte zu nennen. Man hat sich sehr viel einfallen lassen. Die Bevölkerung kam voll auf ihre Kosten. Stellvertretend für viele Mörfelder, die am großen Werk des Stadions ihren Anteil geleistet haben, wurden geehrt: Fritz Acker, Karl Dammel, Philipp Herzberger, Georg Kuchler, Ludwig Kuchler, Ludwig Schaffner, Heinrich Schulmeyer, Philipp Schulmeyer. Gleichzeitig gedachte man den verstorbenen Aktiven Heinrich Geiß, Peter Herpel, Fritz Jünger, Heinrich Kolb, Adam Löw, Jakob Schulmeyer, Johann Schulmeyer und Wilhelm Völker. Besonderer Dank und Grüße gingen an die erkrankten SKVler Ludwig Schulmeyer (Ehrenvorsitzender) und Heinrich Schulmeyer (Vorsitzender).

Verkehrstips – zur Diskussion gestellt



In die Diskussion Mörfelder Verkehrsprobleme griff eine Interessengemeinschaft „Stoppt den Ausbau der Langgasse“ ein.

In einem Offenen Brief an den Bürgermeister, unterzeichnet von 67 Anwohnern, heißt es:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, mit wachsender Sorge hören wir von Planungen, den südlichen Abschnitt der Langgasse zu begradigen und somit die jetzige Sackgasse unmittelbar an die B 44 anzuschließen. Wir möchten vor der Durchführung dieses Vorhabens dringend warnen und protestieren dagegen schärfstens aus folgenden Gründen:

1. Die Langgasse stellt in ihrer jetzigen Verkehrsführung durch die beiden rechtwinkligen Kurven am HL-Markt eine natürliche Dämpfung der Geschwindigkeit des Verkehrs dar.

Die geplante Begradigung wird die Unfallgefahr zwangsläufig vergrößern.

Daß Kreuzungen von geradlinig verlaufenden Straßen, die relativ schnell befahren werden, von den Kraftfahrern oft zu spät erkannt werden, bekommen Sie und wir fast täglich auf der Kreuzung der B 44 mit der B 486 drastisch demonstriert.

Die häufigen Karambolagen dort sprechen eine deutliche Sprache!

2. Die Sackgasse und die einmündende Straße „Am Wallgraben“ haben sich seit Jahren für die Kinder der Anwohner als ruhige und vom Verkehr weitgehend verschont gebliebene Spielflächen bewährt. Bei einer Öffnung der Langgasse für den Durchgangsverkehr würden die Kinder von dieser Spielstraße vertrieben und hätten keine Möglichkeit, in der Umgebung eine brauchbare Alternative zu finden. Sie müßten sich vielmehr mit einer neuen, für sie lebensgefährlichen Situation abfinden, wenn die Autos unmittelbar vor ihrer Haustür vorbeibrausen.

Dieser Gefahr dürfen unsere Kinder nicht unwiderrprochen ausgesetzt werden!

3. Wir sehen in diesem Projekt eine nicht vertretbare Vergeudung von Steuergeldern, da hier mit großem finanziellen Aufwand ein ausschließlich autofreundlicher Zustand etabliert werden soll, der in anderen Städten bereits jetzt mit noch höherem Kostenaufwand wieder beseitigt werden muß.

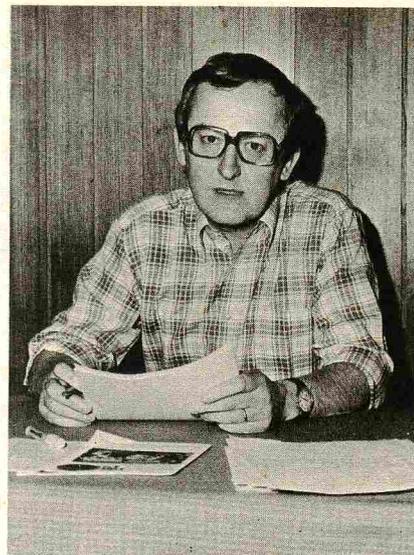
Als Musterbeispiel hierfür kann die niederländische Stadt Delft gelten, wo die Lebensqualität der Straßenanwohner durch künstliche Verlangsamung des Verkehrs beträchtlich erhöht wurde und wo dieses Modell auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt wird. Wir möchten nicht, daß Mörfelden ein Negativbeispiel für Stadtplanung wird.

Wir wollen vor unseren Haustüren keine Unfälle erleben, die uns die traurige Verpflichtung auferlegen würden, Sie an diesen Brief zu erinnern.

Wir erwarten Ihre Antwort, Herr Bürgermeister!

*Rudi Hechler,
DKP-Kandidat zur
Landtagswahl '78:*

**„Das Schweigen der
örtlichen CDU
über Filbinger
gibt Hinweise
über ihren Standort!“**



Filbinger: Lügen und Ausflüchte

Während ich diese Zeilen schreibe, ist Filbinger immer noch Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Es sieht heute auch so aus, als würde er es bleiben. Dabei kommen in dem Skandal um den stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Filbinger immer neue Lügen und Ausflüchte zutage. An die Kette seiner Todesurteile gegen kriegsmüde Soldaten will sich der Nazimarinerichter nicht mehr erinnern können. Über solche beschämenden Filbinger-Äußerungen sind zu recht alle Demokraten empört. Filbinger ist ein Alt-Nazi. Schon 1935 propagierte er gegen die „meist unbesserlichen“ Rechtsbrecher neben schärferen Strafen auch gleich noch „Entmannung“ und „Untersagung der Berufsausübung“.

Seiner reaktionären Gesinnung ist er bis heute treu geblieben. Das beweist die von ihm betriebene besonders scharfe Hexenjagd auf Demokraten, seine Liebäugeleien mit der NPD, sein Auftreten gegen Arbeiter- und Gewerkschaftsforderungen.

Seine notorische Feindschaft gegenüber der Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften, die er bespitzeln und überwachen läßt, sind bekannt. „Die freiheitlich-demokratische Grundordnung wird dann von Bestand sein, wenn wir die Radikalen mit Härte bekämpfen und wenn wir der Inflation der Ansprüche entgegentreten“, sagte Filbinger in seiner Neujahrsrede 1974 und meinte mit letzterem zweifellos soziale und demokratische Gewerkschaftsforderungen.

Der faschistische Marinerichter Filbinger, der seinem Führer bis „fünf nach zwölf“ aktiv diente, hat sich für ein demokratisches Amt in diesem Land selbst disqualifiziert.

Die Proteste der Demokraten wachsen. Selbst etliche seiner Parteifreunde, die ansonsten seine reaktionären Ansichten teilen, halten ihn für nicht länger tragbar. Die CDU-Spitze allerdings gab für ihn eine „Ehrenerklärung“ ab. Übrigens: Das Schweigen der örtlichen CDU, über den Filbinger-Skandal gibt deutliche Hinweise über den politischen Standort der Männer um Jung und Haselbach.

Alle müssen protestieren

Das Urteil des Verwaltungsgerichtes Berlin zum Flughafenausbau wurde von verschiedenen Seiten äußerst widersprüchlich interpretiert. Fest steht, beide Prozeßteile, die Verlängerung der Startbahnen und der Bau einer Startbahn „West“ wurden an den Hessischen Verwaltungsgerichtshof nach Kassel zurückverwiesen. Fest steht auch, der Verlängerung der beiden Startbahnen um 588 bzw. 670 m wurde in Berlin mit Einschränkungen zugestimmt.

Der Plan für eine neue Startbahn „West“ wurde nach Kassel zurückverwiesen, auch wenn diesem Vorhaben „prinzipiell“ nichts entgegensteht.

Es ist nicht auszuschließen, daß das Verzögerungsurteil von Berlin mit der bevorstehenden Landtagswahl zusammenhängt. Man muß also wachsam sein und die Dinge genau verfolgen. Man kann aber auch heute schon sagen, ein Gerichtsurteil für den Bau der neuen Startbahn wäre nicht „im Namen des Volkes“ gesprochen.

Die Galgenfrist von Berlin gibt uns allen die Möglichkeit, unsere Argumente auszubauen und neue zu formulieren. Für diese notwendige Diskussion möchten wir erneut zusammenfassend unsere Vorschläge unterbreiten.

Es ist eine Tatsache: Der Trend zum Großraumflugzeug hält an. Daher ist die Zunahme der Starts und Landungen weitaus geringer als ursprünglich angenommen, wie die FAG-Statistik beweist. Dennoch wird man mit einem leichten Zuwachs in den nächsten Jahren rechnen müssen. Diese Tatsache wirft die Frage auf, wie eine dadurch erhöhte Anzahl von Starts und Landungen bewältigt werden kann.

Um größere Start- und Landekapazitäten zu schaffen, schlagen wir folgendes vor:

1. Es ist ein Trend zum Frachtcharter zu verzeichnen, da die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen in der BRD geändert worden sind. Diese und andere reinen Frachtflugzeuge müssen außerhalb der Spitzenzeiten abgefertigt werden.
2. Luftverkehrsgesellschaften, die keine Anbindung an den internationalen Flugverkehr benötigen, werden nicht zusätzlich nach Frankfurt als Basis geholt (LTU, Bavaria-German Air).
3. Zu den Spitzenzeiten wird nur Linienn- und Charterverkehr zugelassen. Alle anderen Flugzeuge müssen diese „Stoßzeiten“ meiden.
4. Bis zu 30 Prozent des Verkehrsaufkommens entstehen durch die US-Basis (363 Hektar groß), also durch militärischen Verkehr. Diese Basis

muß von den US-Streitkräften geräumt werden. Das schafft zusätzlich Platz für einen eventuellen Ausbau des Terminals und eine günstigere Nutzung der beiden Bahnen.

Sicherer Flugverkehr, auch ohne Startbahnverlängerung

Zur Sicherung des Flugverkehrs schlagen wir vor, daß die Landeschwelle der Bahn 25 L in die Bahn hinein verschoben wird, ohne Verlängerung der Landebahn. Dadurch verkürzt sich zwar die Landedistanz, die jetzt aber mit 3750 m reichlich bemessen ist. Auch 3000 m sind aus der Sicht von Experten noch ausreichend. Durch diese Maßnahmen wird die Installation eines Landesystems „ILS Cat II“ möglich, das eine sichere Landung auch bei schlechten Sichtbedingungen erlaubt. Zum Start steht dabei die volle Länge der Bahn zur Verfügung.

Ein neues Landesystem nach Kategorie II hätte schon lange installiert werden können. Diese Maßnahmen wurde jedoch immer nur im Zusammenhang mit der Verlängerung der zwei Parallelbahnen und deren Verbindung zur dritten Bahn erwähnt und so der Eindruck erweckt, noch mehr Sicherheit sei ohne Ausbau der Bahnen nicht möglich. Dahinter steckt die einfache FAG-Überlegung: Haben wir erst einmal die Lan-

debahnen verlängert, dann kriegen wir auch noch den Anschluß an eine neue Startbahn „West“.

Lärminderung – auch für die Arbeiter und Angestellten des Flughafens.

Lärm macht krank. Krankenhäuser, Kindergärten, Altersheime und Schulen in der Flughafennachbarschaft sind am meisten betroffen – vor allem aber auch die Arbeiter und Angestellten des Flughafens.

Wir schlagen vor:

1. Laute Flugzeuge, die einen bestimmten db-Wert überschreiten, erhalten Landeverbot in Frankfurt. In Zürich wurde dieses Verfahren z.B. bei der BAC-111 angewandt.
2. Die Kollegen der FAG leiden besonders unter dem Lärm der Hilfsaggregate der Flugzeuge (APU). Diese Aggregate werden auf jeden Fall für einen Notfall in der Luft benötigt. Man kann sie also am Boden abstellen, ohne daß das Argument der Luftfahrtgesellschaften zieht, man könne sich diese teure Anlage ja dann sparen. In Kopenhagen müssen bereits alle APU zwei Minuten nach Erreichen der Position abgestellt werden und dürfen erst fünf Minuten vor Start der Triebwerke angelassen werden.

„Wenn der Flughafen nicht ausgebaut wird, werden die Arbeitsplätze gefährdet“ – stimmt das?

Die Aussage, Arbeitsplätze am Flughafen seien in jedem Fall gefährdet, wenn keine dritte Startbahn gebaut wird, ist nicht zutreffend. Es gibt andere Möglichkeiten, um ein „Abwandern“ des Verkehrs zu verhindern bzw. genügend Kapazität zu schaffen.

Die Investitionstätigkeit der Lufthansa und alle vorliegenden Informationen lassen die Drohung der Lufthansa, man wolle sich unter Umständen einen anderen Einsatzort suchen, als gegenstandslos erscheinen. Offenbar will man mit dieser Ente den Befürworten einer dritten Startbahn unter die Arme greifen. Wir stellen fest: Arbeitsplätze am Flughafen sind in erster Linie durch Rationalisierungspläne der FAG und der Lufthansa gefährdet. Entsprechende „typische kapitalistische“ Rationalisierungspläne liegen in den Schubladen. Wir stellen fest: Verschiedene Flughäfen in der BRD wetteifern um die▷

▽ dicksten Brocken im Luftverkehr. Die verantwortlichen Regionalpolitiker sehen die Steuereinnahmen und die Werbewirksamkeit eines großen Flughafens. Die Manager befriedigen persönlichen Ehrgeiz.

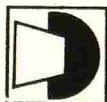
Gewinner dieses regionalen Egoismus sind bei uns einzig und allein die Konzerne im industriellen Rhein-Main-Ballungsgebiet. Sie stört es nicht, wenn die Landschaft zerstört wird. Hauptsache, der Profit klingelt in der Kasse. Um zu einer optimalen Nutzung aller vorhandenen Flughäfen zu kommen, bedarf es eines planmäßigen Vorgehens auf gesamtgesellschaftlicher Ebene.

Nur eine breite Protestbewegung kann den Flughafenausbau verhindern

Unsere Vorschläge und Argumente, die wir vor der Veröffentlichung mit Fluglotsen, Piloten, mit Arbeitern und Angestellten der FAG besprochen haben, stellen wir zur Diskussion.

Nach dem Berliner Urteil bleibt nur noch wenig Zeit für die Entwicklung einer breiten Protestbewegung. Wir meinen, daß sich jetzt alle zu Wort melden müßten, die den Bau der Startbahn „West“ verhindern wollen.

Rudi Hechler



Industriegewerkschaft Druck und Papier Landesbezirk Hessen

IG Druck und Papier Hessen, 6 Frankfurt a. M., Wilh.-Leuschner-Str. 69

D K P
Ortsvorstand Mörfelden
Schumannstrasse 3

6082 Mörfelden

6 Frankfurt am Main
Wilhelm-Leuschner-Straße 69
Telefon 25 20 92/25 20 93

Postscheckkonto Frankfurt am Main 3442-607
Bankkonto Bank für Gemeinwirtschaft
Niederlassung Frankfurt am Main Nr. 1000221200
(BLZ 500 101 11)

Ihr Schreiben

7-3-78

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Me-sch

Liebe Freunde,

die Industriegewerkschaft Druck und Papier hatte im Frühjahr dieses Jahres eine harte Bewährungsprobe zu bestehen. In einem dreiwöchigen Streik haben wir einen "Tarifvertrag über Einführung neuer Techniken und Anwendung rechnergesteuerter Textsysteme" durchgesetzt.

Unsere Kolleginnen und Kollegen haben für die Sicherung ihrer Arbeitsplätze, für die Aufrechterhaltung ihres Berufes, für menschenwürdige Arbeitsbedingungen gestreikt.

Während des Streiks erhielten wir zahlreiche Beweise gewerkschaftlicher Solidarität, politischer, praktischer und finanzieller Solidarität.

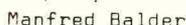
Dass wir den Tarifkampf so erfolgreich abschliessen konnten, ist nicht zuletzt auf diese breite Welle der gewerkschaftlichen Solidarität und Unterstützung zurückzuführen.

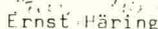
Für diese mannigfachen Hilfeleistungen sagen wir zugleich auch im Namen unserer Mitgliedschaft Dank.

In kollegialer Verbundenheit

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT DRUCK UND PAPIER
Landesbezirk Hessen


Max Melzer


Manfred Balder


Ernst Häring

Im März überreichte die DKP-Mörfelden-Walldorf den damals im Arbeitskampf stehenden Setzern und Druckern mit einer Solidaritätserklärung 200,- DM. Mit einem Schreiben bedankte sich die IG Druck und Papier.

Rüge

Washingtons UN-Botschafter Andrew Young hat Ärger bekommen. Er hatte Ende der Woche öffentlich eingestehen müssen, daß es in den Vereinigten Staaten „Hunderte, vielleicht sogar Tausende von Leuten, die ich politische Gefangene nennen würde“, gibt.

Das offene Wort von Mr. Young gefiel seinem Präsidenten überhaupt nicht. Und so ließ er in Washington erklären, so etwas dürfe nicht wieder vorkommen. Auch Mr. Young fand den Zeitpunkt für sein Geständnis, daß in den USA Bürgerrechtler hinter Gittern sitzen, unglücklich gewählt.

Logisch. Es kam just zu der Zeit, als Mr. Carter und sein Außenminister in Westeuropa Krokodilstränen über inhaftierte Spione – pardon, Bürgerrechtler entdeckten.

hu

Meisterschuß

1948, Erfurt.

Dokumentarschau „Das andere Deutschland“. In einem Glaskasten: ein präpariertes Menschenherz. .

Eine gedämpfte Stimme:

„Hier sehen Sie das Herz eines KZ-Häftlings. Es wurde durch einen wohlgezielten Schuß zum Stillstand gebracht. Der Schütze, ein SS-Mann, bekam für seinen „Meisterschuß“ eine Auszeichnung und drei Tage Sonderurlaub.“

1978, Tübingen.

In einem Speiselokal.

Am Stammtisch die laute Stimme eines bierseligen Zechers:

„Damals hat das Leben noch Spaß gemacht. Im KZ Buchenwald haben wir die ‚Kommunistenschweine‘ als lebende Zielscheiben benutzt. Heute laufen diese Lumpen frei herum. Und man darf nicht mal eine Pistole haben. Wenn das nicht bald anders wird...“

Am Nebentisch: drei junge Franzosen. Einer von ihnen war Elsässer und hatte verstanden...

Bundeskanzler Helmut Schmidt zum Neonazismus in der BRD: „Das ist nur eine Minorität, die man nicht ernstzunehmen braucht...!“

Im Team für den Menschen

Auf unseren Artikel im Juni-„blickpunkt“: „Probleme mit dem Ärztehaus“ gab es ein lebhaftes Echo. In Gesprächen mit der Bevölkerung wurde deutlich, daß man das Ärztehaus als einen großen Fortschritt in der ärztlichen Versorgung ansieht.

Die Kassenärztliche Vereinigung und die von ihr getragene Ärztehaus GmbH nahmen ebenfalls zu den aufgeworfenen Problemen Stellung. Sie bestätigten im wesentlichen die „blickpunkt“-Kritik und kündigten „Verbesserungen“ an. Wir hoffen, daß die drei Ärzte, die das Haus verlassen haben, bald wieder ersetzt werden. Die Diskussion um die Konzeption des Ärztezentrum sollte aber auf jeden Fall fortgeführt werden. Als einen Beitrag hierzu veröffentlichen wir heute Auszüge eines Artikels aus der Zeitschrift „Metall“, Nr. 11, Juni 1978, über das Gesundheitszentrum in Goddelau (Riedstadt).

„Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Bereichen im Gesundheitszentrum wird durch dieses Beispiel schon erkennbar“, meinen die dort Arbeitenden. „Dabei wird auch schon sichtbar, daß sich unser Zentrum von anderswo gebauten Ärztehäusern unterscheidet – Gebäuden, in denen zwar Ärzte verschiedener Fachrichtungen praktizieren, aber keinen organisatorischen Zusammenhalt haben.“

Das sind die wesentlichen Merkmale des Riedstädter Gesundheitszentrums:

- Organmediziner und Psychologen, Gymnastik-Praxis, Apotheke und später auch die Sozialarbeiter arbeiten unter einem Dach.

Haus voller Ärzte: Kein Ärztehaus

- Es wird eine gemeinsame Patientenkartei (Dokumentation) geführt, die von allen mitbehandelnden Ärzten benutzt, erweitert und ergänzt wird.

- In gemeinsamen Fallbesprechungen werden schwierige Fragen zwischen Medizinern aller Fachrichtungen, Psychologen und Psychotherapeuten, eventuell auch Gymnastinnen und den Arzthelferinnen abgeklärt.

- Die Ärzte wirtschaften in einen Topf.

- Ein weitgehendes Mitbestimmungsmodell für alle Mitarbeiter im Zentrum hebt zwar den Unterschied zwischen Ärzten und Nichtärzten nicht auf, trägt aber zum Abbau der sonst üblichen Hierarchie bei.

- Die gemeinsame Nutzung von Labor- und Röntgeneinrichtungen, Wartebereichen und eine zentrale

Empfangsstation tragen zur Kostendämpfung für die Versicherten bei.

Es war nicht einfach, die Vorstellungen von einer umfassenden medizinischen Betreuung unter Einschluß des psycho-sozialen Bereichs bei den gegebenen rechtlichen Bedingungen durchzusetzen. So mußten die Beteiligten – Ärzte, Psychologin und Psychiater, Krankengymnastinnen, Apotheker und alle anderen Mitarbeiter – einen gemeinsamen Verein gründen. Dieser Verein ist sozusagen der ideelle Träger des Projekts und gleichzeitig Mieter des Zentrums, dessen einzelne Praxisräume wieder untervermietet werden.

Die materielle Grundlage liefert – neben der rechtlich selbständigen Apotheke und der ebenfalls selbständigen Krankengymnastin – die Rechtsgesellschaft der Ärzte:

„Wir müssen aus standesrechtlichen Gründen einzeln mit der Kassenärztlichen Vereinigung abrechnen. Alle unsere Einkünfte aus ärztlicher Tätigkeit fließen jedoch in einen gemeinsamen Topf, aus dem sämtliche Kosten unseres Bereichs im Zentrum bestritten werden. Allen Ärzten steht ein gleiches Einkommen zu, das sich am Bundesangestelltentarif orientiert und lediglich die familiäre Situation der einzelnen etwas stärker berücksichtigt. Das beseitigt schon einmal die sonst krassen Unterschiede zwischen Ärzten verschiedener Fachrichtungen.“

Die Psychologin sowie der später hinzukommende Sozialarbeiter sind von der Ärztegesellschaft angestellt.

Sie können ihre Leistungen nicht über die Krankenkassen abrechnen. „Wir können die Patienten aber auch nicht das übliche Honorar zahlen lassen – für die ländliche Bevölkerung und die vielen Arbeiter, die

Patienten-Vorteil: Gemeinsame Kartei

zu uns kommen, wäre das unerschwinglich.“

Während das gleiche Einkommen für die Ärzte Voraussetzung für die Einbeziehung des psycho-sozialen Bereichs ist – es ermöglicht durch Verzicht auf hohe Verdienste erst die Anstellung der entsprechenden Fachkräfte –, zeichnet sich das Zentrum noch durch eine Reihe anderer Merkmale aus. Jürgen, der Gynäkologe, beschreibt das so:

„Die gemeinsame Patientenkartei – wir führen sie natürlich mit Einverständnis der Patienten – bringt wesentliche Vorteile. Doppeluntersuchungen entfallen, wenn der Patient von mehreren Ärzten im Zentrum behandelt wird. Jeder ist über die Untersuchungen des Kollegen, über dessen Behandlung, über die von ihm veranlaßten Laborbefunde informiert. Für den Patienten bedeutet das, daß er nicht durch Mehrfachuntersuchungen belastet wird. Für den Arzt hat es den Vorteil, daß er nicht vom Stande Null aus anfangen muß und Zeit für intensive Gespräche und Beratungen gewinnt. Und das hat für alle schließlich den Vorteil, daß Kosten gespart werden.“

Weil sich alle am Gesundheitszentrum Beteiligten als Team verstehen, entfällt die übliche Scheu vieler Mediziner, einen Patienten zum Kollegen einer anderen Fachrichtung zu überweisen oder den Rat nichtärztlicher Fachleute einzuholen.

Olaf, der Allgemeinmediziner: „Ich stehe nicht unter dem Druck, alles selbst wissen zu müssen. Ich muß den Patienten das nicht vorspielen, und die erkennen das auch an. Kann ich etwas nicht allein klären, ziehe ich rasch und unbürokratisch einen Kollegen zu Rate. Das kann ein anderer Facharzt sein, das kann, zum Beispiel, die Psychologin oder der Psychotherapeut sein, das kann auch eine Krankengymnastin sein.“

Die **DKP**
ist die Partei der
arbeitenden Menschen.
Sie nützt Dir.
Werde Mitglied

Grüne Welle in die Sackgasse?

Ellen Weber

stellvertretende Bezirksvorsitzende
der DKP Hessen



Sie sehen grün in den Parteizentralen der Bonner und Wiesbadener Parteien. SPD-Ministerpräsidenten und FDP-Wirtschaftsminister erklären ihre Parteien plötzlich zu den besten Umweltschutzparteien, die es je gab. Die Wahlen in Niedersachsen und Hamburg haben die Welle ausgelöst.

Nun läßt es sich nicht leugnen, daß die grünen und bunten Listen bei den vergangenen Wahlen die Unzufriedenen und Verdrossenen, die mit den etablierten Bonner Parteien im Streit liegenden Bürger und Jungwähler angezogen haben.

Dorthin hat es auch manche verschlagen, die sich links verstehen. Auch Bürger, die in zahlreichen außerparlamentarischen Aktionen, in Bürgerinitiativen und ähnlichen Bündnissen schon ihre Kraft und ihren Kampfwillen erprobt haben, fühlten sich von der neuen parlamentarischen Gruppierung angesprochen.

Diese Feststellung ist um so ernster, weil zahlreiche Inspiratoren dieser Listen, wie in Niedersachsen deutlich nachweisbar, nicht aus dem radikal demokratischen Lager kommen. Daß die ominöse rechtsgerichtete AUD zum Beispiel mit von der Partie ist, daß maoistische Gruppen plötzlich ihren parlamentarischen Willen entdecken, weist darauf hin, daß lebendige Bürgerinitiativen in ihrer Funktion umgeleitet und mißbraucht werden sollen. Mit der Übersetzung von Bürgerinitiativen ins Parlamentarische bahnt sich eine Sackgasse an.

Grund genug, nach den Quellen dieser Entwicklung zu fragen und darüber nachzudenken, ob sich nicht aus der Vernunft der Bürgerinitiativen durch die Beteiligung an Wahlen der Unsinn einer Orientierung auf Scheinalternativen entwickelt.

Fest steht, daß sich in unserem Land seit Jahren ein tiefes Gefühl der Bedrohung und Unsicherheit entwickelt hat. Man darf es den Leuten nicht ausreden. Verniedlichung kann nicht verantwortet werden. Wir sind bedroht. Der Feind erscheint dem Bürger in vielfältiger Gestalt. Er präsentiert sich in den von Hochhäusern und

Straßenfluchten zerstörten Städten. Er wälzt sich als Beton und Blech. Er vergiftet die Luft. Er fließt als Gift und zersetzt das Wasser. Er „strahlt“ auch. Vor allem in Atomsprengköpfen und Trägerraketen. Er „strahlt“ auch friedlich zum Nutzen der Gewinnproduktion der Energiekonzerne.

Daß der bedrohte Mensch die Bedrohung registriert, spricht für seine humane Sensibilität. Daß er sich zu wehren beginnt, beweist, daß die Welt von heute Sorglosigkeit nicht gestattet. Die Bedrohung ist objektiv.

Aber der emotionalen Angst fehlt die Übersetzung in den Kopf. Man muß fragen, ob der Kampf gegen den Feind, der da erscheint, der Kampf gegen den richtigen Gegner ist. Die Losungen: Auf die Räder — bevor wir drunter kommen, oder Atomkraft — nein danke, oder Blumen statt Beton — liefert lauter Scheineinde. Nach diesen Losungen bedrohen uns: Autos, Kraftwerke und Zement.

Die Bedrohung scheint sich aus der Technik zu entwickeln. Vor dem wirklichen Feind — dem System der kapitalistischen Ausbeutung und seinen Vertretern — werden technische Barrikaden errichtet. In der Arbeiterbewegung ist es seit vielen Jahrzehnten ausgestanden, daß man dem wohlorganisierten System der kapitalistischen Ausbeutung, mit einer gesamtgesellschaftlichen Alternative entgegenzutreten muß. Nicht dem Hochhaus und der Fabrik, nicht der Technik und dem Wachstum kann der Kampf gelten, sondern den gesellschaftlichen Kräften, die Technik und Wachstum, Hochhaus und Kernenergie betreiben und der Jagd nach dem Profit unterordnen.

Bedroht ist der Mensch von den Kapitalbesitzern, in deren Händen der technische Fortschritt zu einer Geißel für die Menschheit pervertiert. Außerdem ist die Bedrohung viel totaler, als daß sie mit dem Sammelwort „Umweltschutz“ gefaßt werden könnte. Bedroht ist die Schöpfer- und Schaffenskraft des Menschen. Eine Million arbeitsfähiger Bürger wird für die Profitproduktion nicht gebraucht.

Sie sind arbeitslos. Tausende von Jugendlichen erhalten weder Arbeitsplatz noch Ausbildung. Millionen Frauen sind und bleiben ungelernete und unterbezahlte Kräfte.

Diese Probleme sind mit grünen und bunten Listen nicht zu lösen. Es bahnt sich ein Umweg an — eine Sackgasse, die den herrschenden und regierenden Parteien — auch wenn sie die FDP bedauern — so unrecht nicht ist. Wer an der grünen Front kämpft, sich dort niederläßt und aufhält, stößt nicht durch — so hofft man — zur DKP. Würden diese mit den Bonner und Wiesbadener Parteien zu Recht unzufriedenen Mitbürger sich der DKP anschließen und nicht nach Scheinalternativen Ausschau halten, wäre das kapitalistische System im Zentrum seiner Macht sehr viel schneller ernsthaft bedroht als durch die bunten und grünen Listen.

Höchste Zeit! In Groß-Gerau wird ein Notarzwagen stationiert!

Für die Erstversorgung akut gefährdeter Personen wird der Kreis Groß-Gerau jetzt einen Notarzwagen einsetzen. Träger des Notarzwagens soll das DRK sein. Die dafür entstehenden Kosten übernimmt der Kreis.

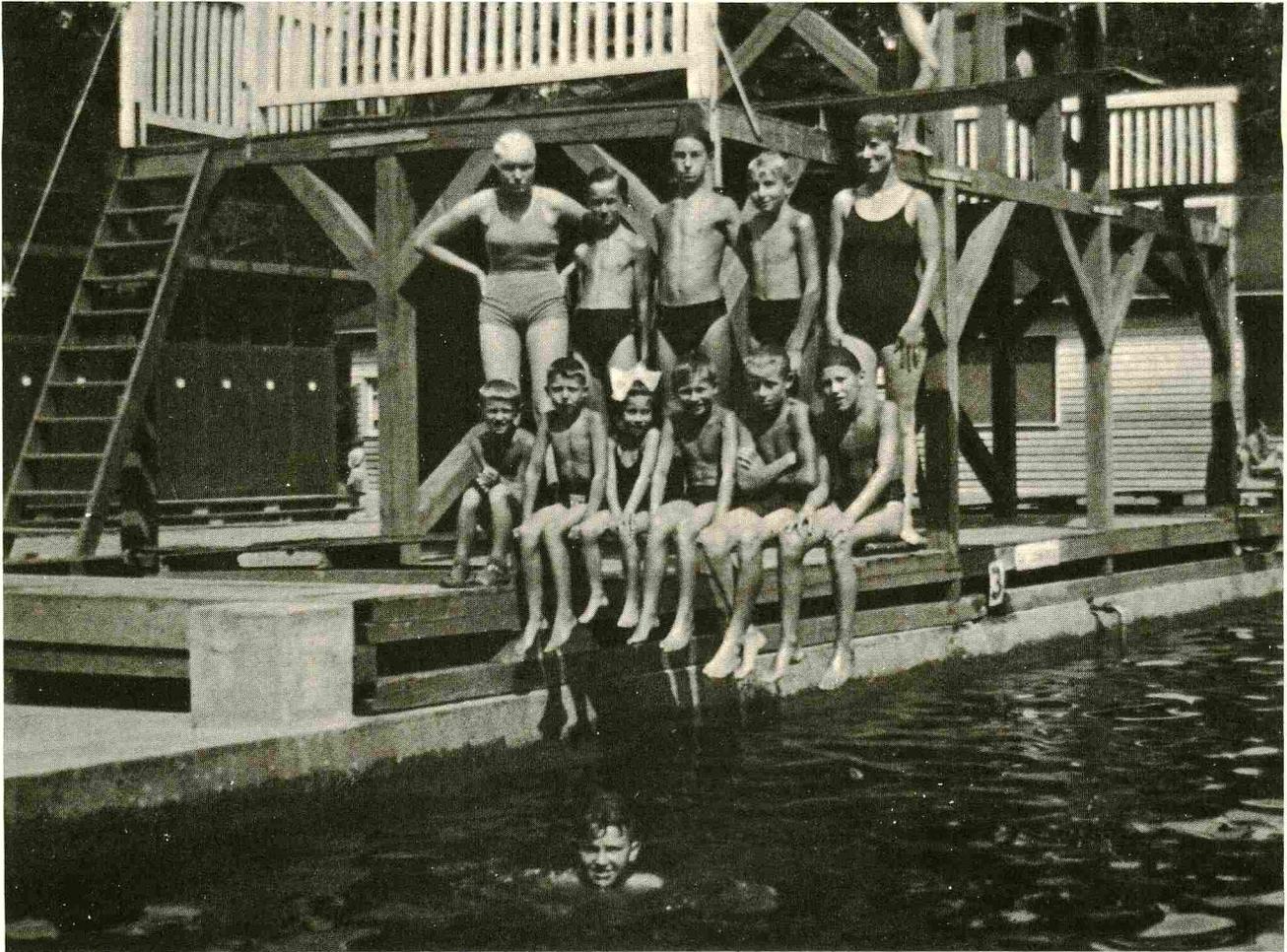
Mit diesem Kreistagsbeschluss wird auf die langjährigen entsprechenden DKP-Forderungen eingegangen. Man sieht: Ein Wahljahr hat auch was Gutes!

Intercity abgeblasen?

Die Proteste aus der Bevölkerung gegen den Bau einer „Intercity-Schnellbahn“ quer durch die noch verbliebenen Wälder unseres Kreisgebietes, scheinen Erfolg zu haben. Wie verlautete, soll die Strecke jetzt nicht gebaut werden. Der Kampf gegen die Intercity-Pläne des Verkehrsministeriums wurde vor allem von zahlreichen Naturschutzorganisationen und Bürgerinitiativen vorgetragen. Auch die Stadtverordneten von Mörfelden-Walldorf protestierten auf DKP-Initiative (am 9.7.77) gegen diese Pläne.

Wir halten es für möglich, daß die Wahlergebnisse in Norddeutschland die Verantwortlichen zum Umdenken angeregt haben.

Wir sollten, vor allem nach der hessischen Landtagswahl, aufpassen, daß die Pläne nicht erneut aus der Schublade kommen.



Mörfelden gestern

Es scheint ja jetzt Sommer zu werden – so kann man es wagen, ein Schwimmerbild zu veröffentlichen. Schon zirka 45 Jahre ist es alt, das Foto mit den Mörfelder Wasserratten vor dem Holzsprungturm im alten Mörfelder Schwimmbad. Fast hundert solcher Erinnerungsfotos wird es im neuen „blickpunkt“-Buch „Mörfelder Gebabbel“ geben, das im August erscheinen soll.

Wie aufmerksam unsere Leser die Serie „Mörfelden gestern“ verfolgen, konnten wir jetzt erleben. Fälschlicherweise hatten wir in unserer Unterschrift zum Bild der alten Kalbsgasse (Juni-„blickpunkt“) von einer Gaslaterne berichtet. Von mehreren Lesern wurden wir darauf aufmerksam gemacht, daß es nur Petroleum-Lampen (Stäaeel-Lampe) in Mörfelden gab (Danke für die Hinweise!):

Bald ist es fertig

Im August soll es erscheinen, das Buch „Mörfelder Gebabbel“. Fast tausend Dialektwörter haben wir dafür zusammengetragen und über 250 „Schprisch“ (Sprüche).

Fast hundert großformatige Bilder von „Mörfelden gestern“ werden abgedruckt; Bilder von Häusern und Straßen, die sich verändert haben, die vergangen sind, aber in unserer Erinnerung fortleben. Ein Buch für die „alten Mörfelder“ und für die Neubürger.

Aktuelles Silbenrätsel

Aus den Silben:

am – aus – dar – dor – eri – fort – gan – ge – go – i – last – mer – mop – ober – rasch – si – setzt – tar – tüff – to – sind Wörter folgender Bedeutung zu bilden:

1. Staubwischer, 2. Männername, 3. Stadt in Afrika, 4. Hauptfigur eines Stückes von Molière, 5. See in Kanada, 6. Bürde, 7. Umstandswort, 8. Ort in Süddeutschland, 9. schnell, 10. wird weitergeführt.

Die Anfangsbuchstaben ergeben von oben nach unten gelesen den Namen des Unternehmens, das unsere Landschaft bedroht und die Endbuchstaben von oben nach unten gelesen (ch = 1 Buchstabe) ergeben das Motiv der umweltzerstörerischen Aktivität.

ZU GUTER LETZT

Preisfrage:

Was macht uns Ärger zwischen dem Oberdorf und dem Unterdorf?

Mitteldorf.
Immer noch
Lösung: